

Kreistagswahl- programm

für den Bodenseekreis

2024 bis 2029

Deutschland.
Aber normal.



Bodenseekreis

Kreistagswahlprogramm

AfD Kreisverband Bodenseekreis (Herausgeber)

Präambel – wofür wir stehen	4
Mut zur Wahrheit und bürgerliche Vernunft	
Asyl und Migration	4
Illegale Einwanderung verhindern und reguläre Migration sinnvoll begrenzen	
Sicherheit und Ordnung	5
Starke Polizeipräsenz und konsequentes Durchgreifen gegen Gewalttäter	
Familie	6
Echte Wahlfreiheit zwischen Fremd- und Eigenbetreuung und keine Frühsexualisierung	
Finanzen und Haushalt	7
Unsinnige Freiwilligkeitsleistungen einsparen und schlanke Verwaltung	
Gesundheit	8
Erhalt der Klinik Tettngang und des Rettungshubschraubers „Christoph 45“	
Direkte Demokratie	9
Mehr Bürgerentscheide nach schweizerischem Vorbild	
Verkehrsinfrastruktur	9
B31-neu beschleunigen, Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn und Flughafen erhalten	

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	11
Fahrgastzahlen ermitteln und ÖPNV nachfrageorientiert ausbauen	
Barrierefreiheit	11
Barrieren identifizieren und sukzessive abbauen	
Islamisierung	11
Energisch Einhalt gebieten	
Wohnungsbau	12
Sozialer Wohnungsbau ist nicht Aufgabe des Landkreises	
Kreisschulen und Volkshochschule	12
Gute Lernbedingungen durch beste Ausstattung	
Bevölkerungs- und Katastrophenschutz	13
Auf denkbare Notlagen vorbereitet sein	
Umwelt, Klima und Energie	13
Natur statt Windkraftanlagen und Photovoltaikwüsten	
Digitalisierung	14
Glasfaserausbau und Behördengänge online erledigen	
Extremismus	14
Dem linken, rechten, religiösen und Klima-Extremismus entgegentreten	
Ehrenamt	15
Ehrenamtliche Tätigkeit nach der schwierigen Coronazeit wiederbeleben	
Gendersprache	15
Kein Gendern in amtlichen Schriftsätzen und mündlichen Verlautbarungen	

Präambel

Wir sind Bürger aus allen beruflichen und sozialen Schichten, keine Berufspolitiker. Wir fordern **eine Politik, die die Anliegen der einheimischen Bevölkerung wieder in den Mittelpunkt stellt**. Wir sind überzeugte Demokraten und Patrioten, denen unsere gemeinsame Heimat am Herzen liegt. Die AfD ist heute eine thematisch breit aufgestellte Volkspartei und wird von Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen gewählt.

Wofür wir stehen

Die Alternative für Deutschland steht für den **Mut zur Wahrheit**, gepaart mit dem unverstellten Blick auf alternative Handlungsmöglichkeiten. Sie fordert eine offene Diskussion über gesellschaftliche Fehlentwicklungen **ohne Rücksicht auf „Denkverbote“**. Wir sprechen Klartext – seit 2019 auch im Kreistag des Bodenseekreises!

Den Altparteien stellen wir unsere **bürgerliche Vernunft** entgegen. Eine stark wachsende Zahl an Wählern erkennt den vor uns liegenden Abgrund, der eine umgehende Wende in der Migrations-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik erforderlich macht.

Unsere gewählten Kreisräte werden den nachfolgend skizzierten Weg sachorientiert, konstruktiv und in

Kenntnis von Zahlen und Fakten verfolgen. Wir strecken unsere Hand allen anderen Gewählten entgegen, die bereit sind, rechtsstaatlich, transparent und ohne Scheu vor unbequemen Wahrheiten dem Wohl der Bürger im Bodenseekreis zu dienen.

Asyl und Migration

Die Landkreise wie auch die Städte und Gemeinden sind bei der Aufnahme von Flüchtlingen über die Belastungsgrenze hinausgegangen. Die Kapazitätsgrenzen sind längst erreicht. Seit Jahren werden Schul- und Vereins-sporthallen sowie teure Hotels angemietet, um Flüchtlinge unterzubekommen.

Die AfD steht für ein konsequentes Umsteuern in der Asyl- und Migrationspolitik. Wir stehen für die **Verhinderung der Unterbringung von illegalen Migranten im Bodenseekreis und die konsequente Abschiebung nicht bleibeberechtigter Flüchtlinge**.

Das Ziel lautet, illegale Einwanderung zu verhindern und reguläre Migration auf das sinnvolle und für das Gemeinwohl nützliche Maß zu begrenzen. Hierzu zählt die qualifizierte Zuwanderung.

Wir wollen

- eine spürbare, starke **Begrenzung der Aufnahme** von Flüchtlingen.
- dass die Erstaufnahme für alle Flüchtlinge über die Landeserstaufnahmezentren erfolgt. Danach muss eine **faire Verteilung nach Königsteiner Schlüssel** gewährleistet sein, da die Zahl der Ukraine-Flüchtlinge derzeit im Bodenseekreis im Vergleich zu anderen Landkreisen unverhältnismäßig hoch ist.
- eine verbindliche **medizinische Altersfeststellung bei unbegleiteten, minderjährigen Asylbewerbern** (kurz UMAs), da den jüngsten Berichten zufolge bis zu 50 % der UMAs keine UMAs sind, sondern bei ihrem Alter lügen.
- keine Unterbringung von Flüchtlingen auf dem regulären Wohnungsmarkt! Stattdessen wollen wir die **kostengünstige Unterbringung in** modernen, hochwertigen und schnell aufstell- und abbaubaren **Wohncontainern** oder in leerstehenden Messe- und Industriehallen.
- die Belegung von Flüchtlingsunterkünften sozial- und sicherheitssensibel gestalten. Die **Sicherheit der Anwohner** hat oberste Priorität!

- die Zweckentfremdung von Schul- und Vereinssporthallen bei der Flüchtlingsunterbringung zeitnah beenden.
- eine **konsequente Abschiebung** von abgelehnten oder straffälligen Asylbewerbern.
- **Sachleistungen statt Geldleistungen** für Flüchtlinge. Dieses Thema wollen wir im Zusammenschluss mit anderen Landkreisen und nach Möglichkeit mit dem Land Baden-Württemberg angehen, um die Aufwands- und Verwaltungskosten zu senken und gleichzeitig Migrationsanreize abzubauen.

Sicherheit und Ordnung

Wir stehen hinter den Aufgaben der Polizei, die moralisch und rechtlich gestärkt werden muss. Sie muss **konsequent gegen Gewalttäter durchgreifen** können, um die Bürger und deren Eigentum zu schützen.

Die Masseneinwanderung von jungen Männern aus fremden Kulturen belastet auch im Bodenseekreis die Sicherheitslage. Deshalb erscheint es uns geboten, die **Präventionsarbeit** auch an Flüchtlingsunterkünften voranzutreiben.

Wir plädieren für eine **starke Präsenz** von Polizei- und Ordnungskräften, insbesondere an bekannten Problem- punkten sowie in Bussen und Bah- nen. Auch im ländlichen Raum gilt es, die Polizeiposten zu erhalten bzw. wiederzueröffnen oder gegebenen- falls auszubauen.

Familie

Das Lebensmodell der Familie ist Grundlage jeder Gesellschaft. Des- halb ist für uns eine Kinder- und elternfreundliche Familienpolitik, die Förderung der Vereinbarkeit von Kindererziehung, sozialem Leben und Beruf und die stärkere Förderung von Familien mit Kindern von entschei- dender Bedeutung.

Wir wollen die **Elternbeiträge für Krippen- und Kindergartenplätze** von derzeit 20 Prozent auf 10 Prozent **halbieren**. Zur Finanzierung sind Einsparungen im Bereich der Freiwilligkeitsleistungen des Bodenseekreis- es vorzunehmen. Die freiwilligen Leistungen betragen im Haushalts- jahr 2024 stolze 30 Mio. Euro.

Die AfD fordert, dass in kreiseigenen Neubauten, z. B. in Schulen oder Verwaltungsgebäuden, Kindergärten konzeptionell eingeplant werden.

Wir befürworten eine **echte Wahl- freiheit zwischen Fremdbetreuung und Eigenbetreuung** von Kindern. Manche Mütter müssen jedoch aus

finanziellen Gründen arbeiten gehen und ihr Kleinkind in die Krippe geben, obwohl sie es lieber selbst betreuen würden. Andere Mütter wiederum würden gerne arbeiten gehen, finden aber keinen Krippenplatz für ihr Kind.

Wir wollen beide Probleme beheben: Müttern, die bereits länger als ein Jahr gearbeitet haben und die zugunsten ihres Kindes ihre Arbeit suspendieren und auf einen Krippenplatz verzich- ten wollen, wird ein angemessener Teil des ausfallenden Arbeitsentgelts ersetzt. Der ausgezahlte Betrag bleibt deutlich unter den Kosten, die der Kommune durch den Krippenplatz entstanden wären. Mit diesem Ange- bot an die Mütter im Bodenseekreis werden viele Kitaplätze sofort wieder frei. Die Knappheit wird also beseitigt und die angestrebte echte Wahlfrei- heit für beide Betreuungsformen er- möglicht. Wir tragen damit auch der Tatsache Rechnung, dass für Kinder die Bindung an die Mutter in den ersten drei Lebensjahren besonders wichtig ist. (Gleiches gilt selbstver- ständlich auch für Väter, wenn sie diese Rolle einnehmen.)

Kinder sind vor Frühsexualisierung zu schützen. Die Frühsexualisierung ist unter anderem ein Instrument der „Gender“-Ideologie und beginnt man- cherorts bereits im Kindergarten mit dem Einrichten von Ruheräumen zur Körpererkundung und „sexuellen Bildung“. Sogar Rückzugsräume zur

Selbstbefriedigung waren mancherorts bereits im Gespräch. Solche Projekte haben im Kindergarten nichts zu suchen!

Finanzen und Haushalt

Trotz Rekordeinnahmen und einer Netto-Neuerschuldung von über 4 Mio. Euro übersteigen die Ausgaben des Bodenseekreises die Einnahmen um 7,8 Mio. Euro im Ergebnishaushalt. Dennoch leistet sich der Bodenseekreis weiterhin **Freiwilligkeitsleistungen** von insgesamt rund 30 Mio. Euro. Hier wollen wir **sparen**.

Um alle Vorhaben aus der mittelfristigen Finanzplanung zu erfüllen, müsste bei ausbleibenden Haushaltskürzungen die Kreisumlage, die die Gemeinden an den Landkreis zahlen, in den kommenden Jahren auf 35 % erhöht werden. Dies lehnen wir ab, damit unsere Gemeinden im Bodenseekreis finanziell handlungsfähig bleiben. Wir wollen die **Kreisumlage** möglichst senken statt erhöhen.

Kreisumlage

Die Kreisumlage ist von den Gemeinden an den Bodenseekreis zu zahlen und finanziert die vom Landkreis erbrachten Leistungen. Die Höhe dieser Umlage wird jährlich vom Kreistag beschlossen.

Freiwilligkeitsleistungen

Beispiele für Freiwilligkeitsleistungen im Bodenseekreis:

- Flüchtlingssozialarbeit und Sprachkurse: **1.112.125 €**
- Betreuung und Förderung der Integration von Flüchtlingen: **888.545 €**
- Konzeption zum Klimaschutz und ökologisch orientierte Energieplanung: **409.100 €**
- Herausgabe von Print- und Non-Print-Medien: **171.500 €**
- Regionales Tourismusmanagement: **821.850 €** (Davon allein **235.000 €** Zuschüsse und Erstattungen an die IBT, aus der kürzlich die schweizerische Seite ausgestiegen ist.)

Die Politik der Altparteien hat uns in eine angespannte Haushaltslage gebracht. Deshalb ist der geplante Neubau des Landratsamtes vorerst zurückzustellen.

Ausgaben von 25 Mio. Euro für eine neue Straßenmeisterei in Markdorf, die nach der ersten Planung aber an ein Designerprojekt erinnert, lehnen wir ab. Hier steht für uns der Zweck im Vordergrund!

Kassenkredite, welche die „Dispo-Kredite“ der öffentlichen Hand darstellen, sind generell, aber vor allem in Zeiten hoher Zinsniveaus zu unterlassen.

Die Stellenmehrung und Tarifierhöhungen führen in Jahr 2024 zu einer Steigerung der Personalkosten der Verwaltung um mehr als 10 % und verlassen aus unserer Sicht das gesunde Maß. **Die Anzahl der Mitarbeiter der Kreisverwaltung ist auf dem absolut notwendigen Minimum** zur Erfüllung ihrer zugewiesenen Aufgaben **zu halten**.

Bußgeldbescheide des Landkreises, die wegen angeblicher Verstöße gegen die **Corona**-Verordnungen erteilt wurden, sind zu sichten. Anschließend sind die Beschuldigten vergleichbarer Fälle über die Möglichkeit der **Rückerstattung** zu informieren.

Verwaltungsvorgänge wollen wir z. B. mittels digitaler Prozesse und KI-unterstützter Hilfsmittel beschleunigen. Für den Bürger wird damit eine deutliche Vereinfachung und eine Beschleunigung verschiedener Verwaltungsabläufe erreicht. Wir unterstützen den weiteren Ausbau von Homeoffice-Arbeitsplätzen. Ein sinnvoller Umgang mit dieser Ressource hat den Effekt, dass die benötigte Bürofläche verringert werden kann.

Gesundheit

Wir fordern eine politische **Aufarbeitung der** damals im Bodenseekreis verhängten **Corona-Maßnahmen** und fordern darüber hinaus eine Beratungsstelle für Personen, die durch die „Impfung“ gegen Corona geschädigt wurden.

Die Gesundheitsversorgung ist aus unserer Sicht eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Wir wollen die Vorzüge von kurzen Wegen zu den Kliniken erhalten. Dies ist auch wichtig für eine schnelle stationäre Notfallversorgung.

Daher fordern wir auch den **Erhalt des Krankenhauses in Tettngang** und besonders für seine hochspezialisierten und sehr erfolgreichen Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe. An diesem ist der Bodenseekreis mit 5,1 % beteiligt. Hauptaugenmerk sollte auf einem leistungsfähigen, wirtschaftlich gesicherten Krankenhaus liegen. Hierfür soll unter Berücksichtigung des Angebots der benachbarten Standorte eine Fokussierung auf die Stärken des Krankenhauses erfolgen. Eine medizinisch zweckmäßige und ausreichende Notfallversorgung ist dabei inbegriffen.

Die Alternative für Deutschland setzt sich weiterhin für den **Verbleib des Rettungshubschraubers „Christoph 45“ am Klinikum Friedrichshafen** ein.

Das Krankenhaus Tett nang muss erhalten bleiben!

Direkte Demokratie

Bei zentralen Richtungsentscheidungen und großen Investitionsprojekten sowie bei sehr strittigen Vorhaben möchte die Alternative für Deutschland die Bürger mehr beteiligen. Hierzu fordern wir **mehr Bürgerentscheide nach schweizerischem Vorbild**. Die direkte Demokratie wirkt zugleich einer Politikverdrossenheit entgegen, da sich die Bürger mehr einbringen können. Petenten sollen im Rahmen ihrer Petition künftig auch vom Kreistag angehört werden.

Der Landkreis sowie der Kreistag sind oft, anders als die Gemeinderäte, für die Bürger etwas fern. Wir wollen daher **die Sitzungen des Kreistages als Abrufvideo im Internet zugänglich machen**. Dies schafft mehr Informationsmöglichkeiten für die breite Öffentlichkeit und fördert Bürger-nähe.

Verkehrsinfra- struktur

Ob Straße, Schiene oder Radweg: Bei allen Verkehrsinfrastrukturprojekten im Bodenseekreis und dessen Ge-

meinden müssen stets die Möglichkeiten zur **Verlegung von Glasfaserleitungen** geprüft werden, um Potenziale in der Digitalisierung nicht zu verschenken.

Straßen

Da wir in einem ländlich geprägten Landkreis wohnen, wird der motorisierte Individualverkehr auch weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen. Die AfD steht daher für den bedarfsgerechten Aus- und Neubau von Straßen mit dem Ziel der Verkehrs-entlastung und/oder einer Fahrzeit-verkürzung. Das Projekt **B31-neu (Nadelöhr Hagnau) muss endlich beschleunigt werden**. Wir stehen zum vierstreifigen Ausbau auf der festgelegten Trasse. Die Verfahren sind dazu mit höchstmöglichem Tempo rechts-sicher durchzuführen. Das Bestands-netz an Kreisstraßen wollen wir mittels angemessener Investitionen und personeller Aufwendungen auf dem Qualitätsniveau halten.

Schienen

Die AfD befürwortet die **teilweise zweigleisige Elektrifizierung der Bodenseegürtelbahn**, um die sogenannte letzte Diesellücke am Bodensee zu schließen. Da auf elektrifizierten Strecken Züge schneller beschleunigen und somit in kürzeren Abständen fahren können, ist eine schnellere Taktung möglich, wodurch

auch mehr Züge auf den Strecken fahren können. Eine Fahrzeitverkürzung für Reisende liegt auf der Hand. Mit dem Konzept einer Bodensee-S-Bahn würden die Straßen entlastet, was Berufspendlern und Touristen gleichermaßen zugutekommt.

Der Ausbau der Schieneninfrastruktur ist allerdings originäre Aufgabe des Bundes. Da dieser die Wichtigkeit einer elektrifizierten zweigleisigen Bodenseegürtelbahn nicht erkannt hat und seit Jahren hinter seinen Zielen zurückbleibt, finden wir es richtig und wichtig, dass der Bodenseekreis zusammen mit den Kommunen die ersten Planungsphasen für das Projekt unter hohen finanziellen Aufwendungen vorangetrieben hat.

Bevor allerdings die weiteren Planungsphasen gestartet werden können, ist die finale Finanzierung zu regeln. Eine finanzielle Beteiligung des Bodenseekreises und seiner Kommunen im mittleren zweistelligen Millionenbereich ist aus unserer Sicht für eine Aufgabe, die keine Landkreisaufgabe ist, nicht hinnehmbar, schon gar nicht, wenn damit das Streckennetz und damit das Vermögen der Bahn erhöht wird und nicht des Bodenseekreises.

Daher erwarten wir von Land, Bund und Bahn weitere Zugeständnisse bei der Finanzierung, die den kommunalen

Anteil senken, da das Projekt ansonsten für uns als AfD nicht umsetzbar ist und die Finanzkraft des Bodenseekreises übersteigt.

Radwege

Radfahren ist nicht nur aus touristischer Sicht, sondern auch aus Sicht der Verkehrsentlastung wertvoll. Wir befürworten den **Aus- und Neubau von Radwegen**, sofern sich die finanziellen Aufwendungen in einem vertretbaren Kosten-Nutzen-Verhältnis bewegen. Überbreite Radwege von mehr als 2,50 Metern, zu denen auch Radschnellwege mit Trassenbreiten von bis zu 5 Metern gehören, lehnen wir deshalb ab.

Flughafen

Der Bodensee-Airport ist für den Landkreis und die Region ein wichtiger Bestandteil seiner Infrastruktur. Dies gilt sowohl für Touristen, als auch für die hier ansässigen Unternehmen. Dies zeigt auch das Engagement vieler Unternehmen im Förderverein Flughafen Friedrichshafen e. V.

Eine Studie der Unternehmensberatung Roland Berger aus dem Jahr 2020 belegte, dass der Flughafen Friedrichshafen ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor ist und allein in der Region Bodensee-Oberschwaben eine Bruttowertschöpfung von mehr als 56 Mio. Euro erzeugt.

Überregional bringt der Flughafen sogar eine Bruttowertschöpfung von fast 100 Mio. Euro.

Aus diesem Grund steht die AfD weiterhin fest zum Flughafen Friedrichshafen. Statt den Flughafen abzuschaffen wollen wir mittels Technologieoffenheit und Innovationen **den Flughafen zukunftsfähig machen**.

ÖPNV

Die AfD strebt einen **nachfrageorientierten Ausbau des ÖPNVs** an. Dazu wollen wir die tatsächlichen Fahrgastzahlen jeder Linie an den jeweiligen Wochentagen zu allen Uhrzeiten ermitteln. Basierend darauf soll eine Optimierung des Angebots auch unter Betrachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses durchgeführt werden. Auch kleinere Ortschaften, die nicht an der Seelinie liegen, sollen regelmäßig mit Kleinbussen angefahren werden und vor allem für Berufspendler und ältere Menschen ohne Pkw gleichermaßen nutzbar sein.

Dazu erwägen wir die Teilnahme an Pilotprojekten für die Erprobung des autonomen Busverkehrs vor allem zur Anbindung der kleineren Ortschaften auf der sogenannten „letzten Meile“.

Barrierefreiheit

Unser Kreis soll barrierefrei sein. In Anbetracht des demographischen

Wandels, der steigenden Lebenserwartung und des berechtigten Wunsches von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, nimmt das Thema Barrierefreiheit eine zentrale Rolle ein. Ob mit dem Kinderwagen, dem Rollstuhl, dem Rollator oder der Gehhilfe, schon kleine Treppenstufen oder Schäden in der Straße können große Hürden darstellen.

Wir wollen nicht, dass Menschen wegen körperlicher Einschränkung in ihrer Mobilität limitiert werden oder ihnen die Teilnahme am politischen und kulturellen Geschehen erschwert wird. Wir wollen stattdessen **Barrieren identifizieren und sukzessive abbauen**, um jedem Bürger ein möglichst eigenständiges und würdevolles Leben in unserem Landkreis zu ermöglichen.

Islamisierung

Die Islamisierung unseres Landes schreitet beängstigend voran. Auch im Bodenseekreis mehren sich die unübersehbaren und alarmierenden Vorboten unmittelbar bevorstehender fundamentaler Umbrüche, wenn dem jetzt nicht energisch Einhalt geboten wird. Wir stehen für die strikte Trennung von Staat und Religion. Daher werden wir uns allen Überlegungen widersetzen, die diesem Grundsatz entgegenstehen. Hierzu

gehört auch, Gebetsräume an unseren Schulen einzurichten oder den Muezzinruf von den Moscheen im Kreisgebiet ertönen zu lassen, denn der Muezzinruf enthält die Aussage, es gebe keinen Gott außer Allah. Er beinhaltet das Glaubensbekenntnis und dies ist mehr als eine Aufforderung zum Gebet.

Signale zunehmen- der Islamisierung

- Massengebetdemonstrationen, wie z. B. am Brandenburger Tor
- Forderungen nach Ausrufung eines Kalifats in Deutschland
- Ansätze zur Gründung einer Scharia-Partei
- Gebetsrufe am Rande eines Christkindlmarktes

Wohnungsbau

Der soziale Wohnungsbau ist gemeinhin keine Kreisaufgabe. Daher plädieren wir an dieser Stelle zur Zurückhaltung. Es darf zudem keine Vermischung mit dem Bau von Wohnungen zur Anschlussunterbringung von Zuwanderern geben. Beides sind Aufgaben der Gemeinden.

Die tieferen Ursachen für die Teuerung bei den Wohnimmobilien liegen

zudem in politischen Entscheidungen auf höheren Ebenen, auf die ein Landkreis keinen Einfluss hat und somit das Problem auch nicht lösen kann. Dazu gehört die Ermöglichung einer beispiellos hohen Zuwanderung in den letzten Jahren, die Steuergesetzgebung des Bundes beim Verkauf von Wohneigentum sowie die katastrophale Geldpolitik der Europäischen Zentralbank.

Kreisschulen und Volkshochschule

Die Kreisschulen sind uns eine Herzensangelegenheit. Gute Rahmenbedingungen legen den Grundstein für den individuellen Erfolg der Schüler einerseits sowie den Erhalt und die Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes Bodensee andererseits.

Der stetige Bedarf an Fachkräften erfordert **aufs Beste ausgestattete Bildungsstätten**. Dies beginnt für uns bei den Sanitäreinrichtungen und endet bei der technischen Ausstattung, die stets auf dem aktuellen Stand zu halten ist.

Der Bodenseekreis sollte zum einen seine Anstrengungen verstärken, die berufliche Ausbildung im Handwerk sowie in der Pflege auszubauen und attraktiver zu gestalten, und zum anderen den Heranwachsenden als zukunftsweisend darzustellen.

Der Notwendigkeit aber auch dem Wunsch nach beständiger Weiterbildung kommen die Volkshochschulen nach. Wir unterstützen daher zielgerichtete Maßnahmen, diese noch wirkungsvoller zu gestalten.

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

Im Alltagsleben vieler Bürger erhält der Bevölkerungsschutz wenig Aufmerksamkeit, ist aber für den Fall der Fälle eminent wichtig. Die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für einen wirksamen Schutz der Bevölkerung müssen gegeben sein.

Die AfD möchte, dass der Landkreis auf denkbare Katastrophen vorbereitet ist und fordert die Erstellung von **Notfallplänen** und Stäben innerhalb der Verwaltung mit dem Ziel, die staatliche Ordnung aufrecht zu erhalten und vor allem **verwundbare Personengruppen im Krisenfall besser schützen** zu können. Dies betrifft vor allem chronisch Kranke, die auf ständige Hilfe angewiesen sind, wie z. B. Dialysepatienten. Hierzu sind Register anzulegen, um schnell reagieren zu können.

Wir fordern auch eine **Bestandsaufnahme** der verbliebenen Einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung im

Bodenseekreis. Dabei sollten umfassende **Prüfungen der Funktionsfähigkeit** erfolgen. Ziel ist eine unverzügliche Betriebsbereitschaft.

Umwelt, Klima und Energie

Die Alternative für Deutschland sagt „Ja zum Umweltschutz“, macht aber Schluss mit der „Klimaschutzpolitik“.

Ausgaben für den lokalen Klimaschutz lehnen wir ab. Solche Maßnahmen sind mindestens so lange nutzlos, wie die größten CO₂-Emittenten USA, China, Indien und Russland ihren Ausstoß weiter erhöhen.

Der Neubau von volatilen erneuerbaren Energien löst das Problem der Energiesicherheit nicht und ist zudem ohne staatliche Subventionen oft unwirtschaftlich. Projekte dieser Art sind deshalb zu hinterfragen, schon allein aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf die Anwohner sowie die Natur und den Tourismus.

Die AfD lehnt daher den Bau von Windkraftanlagen im windarmen Bodenseekreis ab. Des Weiteren wollen wir im Bodenseekreis keine Photovoltaik-Freiflächenanlagen in unserer Natur. Vorstellbar ist dies nur dann, wenn jene Freiflächen nicht anderweitig nutzbar sind, wie zum Beispiel auf dem Flughafengelände.

Statt Investitionen in den lokalen Klimaschutz, präferieren wir Ausgaben im Bereich der **Klimafolgenanpassung**, beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft bei der Erprobung von neuen Baum- und Pflanzenarten. Hier ist Steuergeld besser angelegt und hat einen direkten Einfluss auf die Resilienz und den Schutz der Natur vor Ort. Die Personalstellen für den lokalen Klimaschutz sind abzuschaffen oder umzuwidmen für die Aufgaben in der Klimafolgenanpassung.

Digitalisierung

Wie der Anschluss an das Wasser- und Stromnetz ist der Zugang zum Internet über breitbandfähige Netze im Jahr 2024 ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Weil der Bund bei der Bereitstellung der flächendeckenden Infrastruktur seit Jahren versagt und wir uns weitere Verzögerungen nicht mehr leisten können, ist es notwendig und richtig, dass der Bodenseekreis und seine Gemeinden die Digitalisierung gemeinsam mit der freien Wirtschaft unter Inanspruchnahme von öffentlichen Fördermitteln vor Ort vorantreiben. Dies gilt vor allem für die sogenannten weißen und grauen Flecken im Bodenseekreis, in denen kein oder nur ein begrenzter Breitbandzugang existiert.

Der Zweckverband Breitband Bodensee (ZvBB) ist bereits wenige Jahre nach dessen Gründung ein Erfolg. Die AfD unterstützt den ZvBB weiterhin, sodass der Ausbau einer **Internet-Infrastruktur auf Basis einer zukunftssicheren Glasfasertechnologie** vorangetrieben werden kann. Der Landkreis und der ZvBB sollen sich weiterhin bemühen, die übrigen Gemeinden von einer Mitgliedschaft im ZvBB zu überzeugen.

Darüber hinaus fordern wir eine Digitalisierungsoffensive im Landratsamt. Die Verwaltung soll hierzu den Stand der Digitalisierung der hauseigenen Prozesse ermitteln. Basierend darauf wollen wir die Anzahl an digitalisierten Prozessen erhöhen. Hauptaugenmerk soll dabei auf dem Bürgerservice liegen, sodass unsere Bürger **zeitaufwendige Behördengänge** immer öfter auch **bequem von zu Hause aus erledigen** können.

Zur Steigerung der Effizienz sowie zur Begrenzung der Personalkosten der Verwaltung, aber auch zur Arbeits erleichterung soll zunehmend auch „künstliche Intelligenz“ die Mitarbeiter im Landratsamt unterstützen.

Extremismus

Die Alternative für Deutschland sagt nein zu Extremismus. Wir treten jeglicher Form von Extremismus entschieden entgegen, egal ob von

politisch linker, rechter oder religiöser Seite. Hierzu gehört auch der politische Klimaextremismus, bei dem es neuerdings in unserem Land vermehrt zu Sachbeschädigungen und Blockaden von Krankenwagen- oder Notarzteinsätzen kommt. Gegen gewalttätigen Extremismus ist mit aller Härte des Gesetzes vorzugehen.

Wir stehen fest auf dem Boden des Grundgesetzes, mit dem im Übrigen die Scharia unvereinbar ist.

Ehrenamt

Zahlreiche Bürger des Bodenseekreises sind ehrenamtlich in Vereinen, Rettungsdiensten, Feuerwehren oder anderen Einrichtungen engagiert. Leider erfahren diese Helfer nicht immer die ihnen gebührende Wertschätzung. Dabei übernehmen sie gesellschaftlich wichtige Aufgaben.

Es gilt, diesen wertvollen Einsatz vor allem **nach der schwierigen Coronazeit wiederzubeleben** bzw. zu erhalten. Wir sprechen uns daher für die Unterstützung ehrenamtlicher Aktivitäten durch Ausbildungs- und Schulungsangebote oder vertretbare Zuschüsse des Landkreises aus. Besonderes Engagement wollen wir auch künftig wieder in einem feierlichen Rahmen auszeichnen.

Des Weiteren soll der Landkreis einmal jährlich in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und ihren Ver-

tretern einen **Tag der Vereine feiern**. Dies kann dazu beitragen, mehr Aufmerksamkeit und Mitglieder zu gewinnen.

Gendersprache

Eine deutliche Mehrheit von etwa zwei Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland lehnt die Einführung einer sogenannten Gendersprache ab. Diese Sprache ist Ausdruck einer ideologischen Auffassung, die das biologische Geschlechtersystem von Männern und Frauen infrage stellt.

Gendern wirkt wie eine gewaltsame Zerstörung unserer über Jahrhunderte gewachsenen Sprachkultur.

Auch grammatikalisch ist sie teilweise falsch. Verwaltungsvorgänge werden unübersichtlicher, zeitraubender und damit ineffektiver, da die Lesbarkeit und Verständlichkeit leidet. Daher lehnen wir die Verwendung von Gendersprache in amtlichen Schriftsätzen und mündlichen Verlautbarungen ab.



Bodenseekreis

